



Einfach Weggepackt  
*Möblierung einer Zelle des  
Abschiebegefängnisses Ingelheim*

Foto: Reiner Frey

# Zukunftsfähige Ungerechtigkeit

Warum Abschiebehaft kein Auslaufmodell ist und trotz des „Knaststerbens“ in Deutschland nicht von alleine verschwinden wird. Von Tim Landauer

**A**m Abend des 2. Juli 2010 erhängte sich der 58-jährige Slawik C. mit dem Stromkabel eines Wasserkochers am Fenstergitter seiner Zelle in der Abschiebehaftanstalt Hannover-Langenhagen. Fünf Tage später hätte er in die armenische Hauptstadt Eriwan abgeschoben werden sollen, nachdem er elf Jahre lang in Jesteburg (Landkreis Harburg) gelebt hatte. Über ein Jahr später entschied das Bundesverfassungsgericht, dass seine Inhaftierung rechtswidrig gewesen ist. Slawik C. ist einer von mindestens 62 Opfern der Abschiebehaft in Deutschland seit 1993. Wie für viele andere endete für ihn die Flucht in ein als sicher geglaubtes Land mit dem Tod. Abschiebehaft ist nach wie vor ein unannehmbares Unrecht. Sie bedeutet für die von ihr betroffenen Menschen vielfach das Ende ihrer Hoffnungen und Pläne. Sie raubt ihnen ihre Würde, ihre Zukunft und nicht selten ihr Leben.

### Knaststerben

Trotzdem (oder genau deswegen) wird Abschiebehaft in Deutschland immer noch tausendfach vollzogen. Die Zahl der Inhaftierten ist jedoch seit Ende der 1990er Jahre stetig gesunken. Infolgedessen sind auch die eigens für den Zweck der Abschiebehaft geschaffenen Justizvollzugsanstalten (JVA) heute oft unterbelegt. In Deutschlands größtem Abschiebeknast, der JVA Büren, war Mitte der 1990er Jahre Platz für bis zu 580 Gefangene, und nicht selten waren alle Zellen voll. Inzwischen wurde die JVA teilweise für Kurzzeitgefangene umgebaut und stellt noch 384 Haftplätze für Abschiebegefangene. Dabei ist sie nunmehr das einzige Abschiebegefängnis in Deutschlands bevölkerungsreichstem Bundesland. Nachdem bereits 2004 die Abschiebehaftanstalt Moers geschlossen worden war, wurde Ende 2011 auch das dritte Sondergefängnis NRWs, der Frauenabschiebeknast Neuss, aufgelöst und die weiblichen Häftlinge nach Büren verlegt. Bereits 2010 wurde außerdem die Abschiebehaftanstalt Rottenburg (Baden-Württemberg) abgewickelt und die Insassen nach Mannheim gebracht. In Rheinland-Pfalz soll der Abschiebeknast Ingelheim über kurz oder lang geschlossen und im Laufe des Jahres 2012 ein „neues Konzept“ zur Abschiebehaft erarbeitet werden, nachdem dort zuletzt nur etwa 22 der 152 Haftplätze belegt waren.

### Abschiebehaft als Auslaufmodell?

Die Abschiebehaft hat im Wesentlichen zwei unmittelbare Effekte: Sie sorgt dafür, dass staatliche Behörden einen direkten und absoluten Zugriff auf die inhaftierten Menschen und ihre „in Freiheit“ befind-

lichen Familienangehörigen haben, und sie schafft ein Klima der Angst durch die ständige Bedrohung durch Haft und anschließende Abschiebung. Dieses machtvolle Instrument werden sich die staatlichen Behörden nicht so einfach aus der Hand nehmen lassen. Zwar ist Abschiebehaft relativ teuer, die Kosten tragen jedoch – neben den Gefangenen selbst – die Bundesländer und nicht die einzelnen Ausländerbehörden, welche die Haft anordnen. Diese Effekte – unmittelbarer Zugriff und Klima der Angst – sind aus staatlicher Sicht weiterhin notwendig und sinnvoll. Dass in Deutschland faktisch weniger Menschen inhaftiert sind, hat mehrere Gründe: zum einen sind die Asylantragszahlen infolge des Schengener Abkommens und der militärischen Hochrüstung der EU-Außengrenzen kontinuierlich gesunken. Außerdem hat die EU-Osterweiterung dazu geführt, dass aus vormals Illegalisierten legale Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter geworden sind. Dazu kommt, dass viele Migrantinnen und Migranten im Rahmen von Dublin II in andere EU-Länder zurückgeschoben werden, was deutlich einfacher und schneller geht als Abschiebungen in die Herkunftsländer Südamerikas, Asiens oder Afrikas, und daher die Haftdauer für diese Menschen reduziert.

### Exportschlager Internierung

Von Abschiebehaft als Auslaufmodell zu sprechen, stimmt also spätestens dann nicht mehr, wenn die europäische Ebene mit einbezogen wird. An der Peripherie Europas – diesseits und jenseits der Grenzen – sind parallel zu den gesunkenen Inhaftierungszahlen in Deutschland zahlreiche neue Abschiebeknäste und geschlossene Lager entstanden. Dort herrschen überwiegend katastrophale Verhältnisse: Überbelegung, defizitäre hygienische Bedingungen, kein Zugang zu Rechtsberatung und Betreuung. Ob in der Ukraine, in Rumänien, der Türkei, in Griechenland oder Nordafrika, die Inhaftierung von potentiellen EU-Einreisewilligen oder Illegalisierten hat sich zu einem Exportschlager entwickelt und ist inzwischen fester Bestandteil verschiedenster zwischenstaatlicher Verträge und EU-Abkommen.

Dass es sich bei der Internierung von Migrantinnen und Migranten nicht immer um Abschiebehaft im engeren Sinne handelt, macht die Lage nicht besser. Ein von migreuropa verfasster Bericht über die Situation in spanischen Internierungszentren für Ausländerinnen und Ausländer ohne gültige Aufenthaltspapiere (Centros de Internamiento de Extranjeros) kommt zu der Schlussfolgerung: „Hinter den sogenannten Centros de Internamiento de Extranjeros

(CIE) versteckt sich eine Realität, die in Wahrheit derjenigen von Gefängnissen entspricht – und die sich schwer verbergen lässt.“ Eigentlich dürften solche Einrichtungen lediglich die Bewegungsfreiheit begrenzen, darüber hinaus aber keinen „Strafcharakter“ besitzen: „Doch zeigt sich dieser „Strafcharakter“ keineswegs nur im architektonischen Erscheinungsbild der CIE [die zum Teil in ehemaligen Haftanstalten eingerichtet worden sind, T.L.], sondern ebenso in einer Beschneidung der Rechte der in diesen Zentren festgehaltenen Personen, die gelegentlich sogar diejenige, die in Strafanstalten vorgenommen wird, übersteigt.“

#### Aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit

Aber auch in der BRD wird Abschiebehaft nicht verschwinden: nach dem Modell von Frankfurt am Main und Düsseldorf planen die Länder Berlin und Brandenburg derzeit einen „Asylknast“ am Großflughafen Schönefeld mit 30 Plätzen für Männer, Frauen mit ihren Kindern und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Die dort Inhaftierten müssen sich dem vielfach kritisierten Flughafenverfahren stellen, einem verkürzten Asylverfahren, das aufgrund mangelnder Widerspruchsmöglichkeiten eine deutlich schnellere Abwicklung garantiert.

Auch die „normalen“ Abschiebeknäste werden bleiben, solange es für die Verantwortlichen keine zwingenden Gründe für deren Abwicklung gibt. Zu reibungslos läuft die Abschiebemaschine, und umso besser, je mehr Abschiebehaft aus dem öffentlichen Interesse verschwindet. Die Unterbringung von Abschiebehäftlingen in normalen JVA's (die eigentlich nach den Rückkehrrichtlinien der EU zu unterbleiben hat) und die temporäre Inhaftierung in Sondertrakten an Flughäfen verbirgt die Betroffenen noch mehr vor dem Blick der Öffentlichkeit.

#### Vom Skandal zur Normalität

Noch vor 10 oder 15 Jahren spielte die Auseinandersetzung mit Abschiebehaft in der antirassistischen Bewegung und darüber hinaus eine weit größere Rolle und stellte, nicht zuletzt mit großen bundesweiten Demonstrationen vor der JVA Büren, einen Kulminationspunkt der Proteste dar. Mit der zunehmenden Verlagerung der Migrationskontrolle an die europäischen Außengrenzen hat sich notgedrungen auch der Fokus des Widerstandes dorthin verschoben. Mit der Folge, dass Abschiebehaft als nicht mehr so wichtig angesehen wird; fatal für all jene, die nach wie vor von ihr betroffen sind.

Was passiert, wenn der Druck durch Proteste nachlässt, kann nicht zuletzt am Verhalten der Grünen in NRW abgelesen werden. Dort ist inzwischen aus einer klaren Positionierung gegen Abschiebehaft die Forderung nach besseren Haftbedingungen und der Beschränkung auf „notwendige Fälle“ geworden. Zuletzt bestaunen ließ sich diese Haltung in der Debatte Ende Januar um einen Antrag der Linkspartei im Landtag NRW auf Abschaffung der Abschiebehaft: Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen, Monika Düker, kritisierte Abschiebehaft in ihrer Rede, nur um dann dem Antrag nicht zuzustimmen. Und das war kein Fauxpas, Frau Düker befindet sich damit voll auf der Linie der Grünen, nicht nur in NRW. Abschiebehaft ist vom Skandal zur Normalität geworden. „Abschiebehaft light“ oder ein „goldener Käfig“ kann nicht das Ziel einer emanzipatorischen Bewegung sein. Bewegungsfreiheit bedeutet nicht nur das Recht, grenzenlos zu migrieren, sondern auch, sich innerhalb eines Landes ohne Aufenthaltsbeschränkungen, Residenzpflichten, Zäune und Knastzellen bewegen zu können. Für alle Menschen.<

Tim Landauer  
*lebt und arbeitet als  
Mechatroniker in  
Paderborn. Seit  
1999 engagiert er  
sich in der „Büren-  
gruppe/Initiative  
ausbrechen“ gegen  
den Abschiebeknast  
in Büren. Mehr  
Informationen  
unter: [www.ausbrechen.info](http://www.ausbrechen.info)*